

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **42 (1962-1963)**

Heft 5

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

RUNDSCHAU

ADENAUERS FRANKREICHREISE

Französische Fallschirmjäger im weinroten Béret, deutsche Panzer, Grenadiere und schwere Artillerie, darüber Formationen der französischen Luftwaffe; Adenauer und de Gaulle nebeneinander kniend vor dem Hochaltar in der Krönungskirche Frankreichs, deren Gewölbe im ersten Weltkrieg unter deutschen Granaten eingestürzt war — entsprachen die *deutsch-französische Parade* auf dem Übungsplatz Mourmelon und das *Hochamt in der Kathedrale von Reims* der politischen Wirklichkeit? War es ein Schauspiel, das sich zwei eigenwillige alte Herren in der ersten Juliwoche leisteten, jenem Wunschtraum gemäß, den Spötter das «Europe des patriarches» genannt haben? Oder sind damit wirklich für alle Zeiten die blutigen Erinnerungen getilgt, die mit den Schlachten auf dem umkämpften Boden der Champagne verbunden sind? Ist der europäische Bruderkrieg zwischen Franzosen und Deutschen endgültig in Freundschaft und Solidarität verwandelt?

Selbst wer Adenauers Frankreichreise und die Regie de Gaulles skeptisch verfolgte, mußte sich darüber Rechenschaft geben, daß die *Verständigungspolitik* zwischen den zwei einst verfeindeten Nationen hier einen Höhepunkt erreichte. Dem deutschen Bundeskanzler, der gegen alle Widerstände konsequent für die deutsch-französische Verständigung gekämpft hatte, wurde vom französischen Präsidenten der Dank dargebracht — ein großer Moment auch für alle jene, die in ihrem Leben immer neue Ausbrüche des deutsch-französischen Antagonismus erlebt hatten. Dabei soll nicht vergessen werden, daß Stalin und Chruschtschew mit ihrem Druck auf das Nachkriegseuropa wesentlich zu dieser Entente zwischen Paris und der Bundeshauptstadt Bonn beigetragen haben.

Integration und «Force de frappe»

In den Gesprächen zwischen den beiden Staatsmännern ging es nicht um diese historischen Perspektiven, sondern die aktuellen Fragen der *Einigung Westeuropas* standen im Vordergrund. De Gaulle scheint es gelungen zu sein, Adenauer zu Abstrichen an seinem Integrationsprogramm zu bewegen. Der französische Staatschef wünscht ein europäisches Bündnis, eher im Sinne des 19. Jahrhunderts, mit einem Minimum an supranationalen Institutionen. Das hätte nach Meinung vieler auch den Vorteil, daß *Großbritannien* einer solchen Organisation beitreten könnte. Gleichzeitig aber wurde man sich in Paris einig, mit der politischen Einigung in der vorgeschlagenen Kompromißrichtung voranzugehen; man will also nicht warten, bis Großbritannien Mitglied der EWG geworden ist. Im Herbst sollen die Regierungschefs der Sechs zu einer Gipfelkonferenz zusammentreten. Ob bis dann die Kleinstaaten in der EWG ihre Widerstände gegen de Gaulles Pläne aufgegeben haben, ist eine andere Frage; ihre führenden Politiker, unter ihnen der belgische Außenminister *Spaak*, glauben die Interessen der kleineren Mitgliedstaaten in einer festen supranationalen Struktur besser gewahrt als in einem lockeren Staatenbündnis und beharren deshalb auf den politischen Zielen der Römer Verträge. De Gaulle und Adenauer ihrerseits betrachten die Entente Paris-Bonn als Kern der europäischen Einigung; der deutsch-französische Bilateralismus könnte jederzeit über dieses «Rumpfeuropa» hinaus erweitert werden.

Auch de Gaulles Lieblingsprojekt einer *Force de frappe* kam in den Unterredungen im Elysée zur Sprache: Frankreich will mit

Kernwaffen ausgerüstete modernste Waffeneinheiten aufbauen, die ihm seinen Rang als Großmacht wiedergeben und seinen Eintritt in den «Club» der drei Atommächte ermöglichen. Adenauer wird keinen Einspruch gegen diese ehrgeizigen Pläne de Gaulles erheben, die eine Revision der Nuklearstrategie der NATO — Übergabe gewisser Kernwaffen an das Oberkommando der NATO — fast unmöglich machen; andererseits wird sich die Bundesrepublik aber auch nicht mit Frankreich in Sachen nationaler Atomstreitkraft ins Einvernehmen setzen. Adenauer lenkt damit praktisch auf den Standpunkt Washingtons ein, das die eigenen Mittel und Erfahrungen auf dem Gebiet der Kerntechnik und Kernstrategie nicht zur Verfügung stellt, aber die Ansprüche Frankreichs als Tatsache akzeptiert.

Überraschende Kabinettsumbildung in London

Die europäische Integration wirkte auch bei Macmillans Kabinettsumbildung mit, die er Mitte Juli zur allgemeinen Überraschung angeordnet hat: der Entschluß, der EWG beizutreten und die Verhandlungen mit der Kommission in Brüssel energisch voranzutreiben, setzt ein Team voraus, das bereit ist, gegen den Willen der rückwärtsblickenden Kräfte, den Anschluß an Westeuropa zu vollziehen. Hauptursache der Umbildung war freilich der Rückschlag der Konservativen in Nachwahlen fürs Unterhaus, der zum Teil seinen Grund in der *unpopulären Finanz- und Wirtschaftspolitik* der Regierung hatte. Hauptopfer des innenpolitischen Opportunismus ist denn auch Schatzkanzler *Selwyn Lloyd*, dessen kluge, restriktive Politik die Sterlingwährung gestärkt und die Konkurrenzfähigkeit der britischen Industrie erhöht hat. An dessen Stelle tritt *Reginald Maudling*, der seine Fähigkeiten schon früher als Handelsminister bewährt hatte.

Auch Lordkanzler *Lord Kilmauir*, Verteidigungsminister *Watkinson* und Erziehungsminister *Eccles* sind entlassen worden. *R. A. Butler*, der bisherige Innenminister, rückte zum ersten Stellvertreter des Premiers auf; er leitet weiterhin die britische Politik im

explosiven Zentralafrika. Macmillan ernannte keinen neuen Kolonialminister; die Aufgaben sind dem Commonwealth-Minister *Duncan Sandys* übertragen worden. Mit der verjüngten Equipe, in der die linkskonservativen Politiker aus dem Mittelstand noch stärker vertreten sind, hofft er nicht nur die Brücke nach Europa zu schlagen, sondern auch in künftigen Wahlen die schwindende Popularität zurückzugewinnen.

Machtkampf unter den algerischen Nationalisten

Kaum ist der Terrorismus der OAS zusammengebrochen, gibt das Zerwürfnis unter den Nationalisten dem algerischen Drama eine neue Wendung — der Kampf um Algerien dauert an. Das Plebiszit vom 1. Juli, das eine überwältigende Mehrheit für die Unabhängigkeit ergab, fiel zusammen mit der *Absetzung von Offizieren* der «Armée de libération nationale» (ALN) durch die provisorische Regierung *Ben Kheddas*. Der Vizeministerpräsident *Ben Bella* distanzierte sich, zusammen mit anderen Mitgliedern des Kabinetts, von dieser Ausschaltung militärischer Führer. Schon die Tagung des Landesrates der algerischen Revolution (CNRA), des provisorischen Parlaments, in Tripoli hatte im Zeichen der Spannungen zwischen einem gemäßigten und einem revolutionären Flügel gestanden. Im Laufe des Juli hat sich die Spaltung vertieft; Umrisse eines Machtkampfes zeichnen sich ab, in dem bis jetzt nicht geschossen wird, der aber die Züge eines höchst prekären Waffenstillstandes trägt. Ben Khedda residiert mit seiner provisorischen Regierung in der Präfektur von Algier und kontrolliert die Zone von Algier und offenbar das Gebiet Kabyliens. Ben Bella, der als Triumphator in Oran eingezogen ist, machte Tlemcen zu seinem Hauptquartier; er hat die Mehrheit der ALN-Einheiten hinter sich und ist zudem populärer als sein Gegenspieler — dank auch seiner langjährigen Haft in französischen Gefängnissen. Während Ben Bella Züge des charismatischen Volkstribunen trägt, stehen hinter Ben Khedda und dessen kollektiver Führung politisch wichtige Leute wie Bel-

kacem Krim, Außenminister Saad Dahlab und Mohammed Boudiaf, der zusammen mit Ben Bella in Gefangenschaft war. Ferhat Abbas, der erste Regierungschef, der von Ben Khedda ausgeschaltet wurde, hat sich auf Seite Ben Bellas geschlagen.

Ideologische Differenzen

Schon heute zeigt sich, daß nicht nur persönliche Gegensätze, sondern beträchtliche *ideologische Differenzen* bestehen, die über Nuancen in Methoden und Programm hinausreichen. Beide Lager fordern eine *soziale Revolution* in Algerien: während Ben Khedda jedoch in Etappen vorgehen möchte, haben Ben Bella und seine Offiziere eine Revolution nach dem Vorbild Castros im Sinne, eine radikal sozialistische, allerdings nicht kommunistische Umwandlung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Ben Bella schwebt ein Einparteiensystem vor, ohne den Luxus eines parlamentarischen Kräftspiels — Nasser, aber auch Bourguiba können hier als Exempel dienen. Ben Bella hat auch bereits, in vager Form, Vorwürfe gegen «Gegenrevolutionäre» erhoben. Vorläufig stehen indessen die Frage der Einberufung des CNRA, in der Ben Khedda und seine Leute in Minderheit sein sollen, und die Absetzung führender ALN-Offiziere im Vordergrund der Kontroversen. Beide Lager werben intensiv um Anhang unter den ALN-Truppen wie unter der Bevölkerung.

Außenpolitische Rückwirkungen

Da das unabhängige Algerien eine Schlüsselposition im Maghreb und darüber hinaus in ganz Nordafrika und unter den arabischen Nationen einnehmen wird, wirkt sich der interne Machtkampf auch auf die Nachbarstaaten aus. Präsident *Bourguiba*, der der Exilregierung in Tunis Sitz gewährt hatte, stellte

sich auf die Seite Ben Kheddas. *Nasser* setzt auf Ben Bella und dessen Kurs, versucht jedoch vorerst zwischen den entzweiten Brüdern zu vermitteln. König *Hassan* von Marokko hält sich aus dem Konflikt heraus; seine eigene Position ist so gefährdet, daß er keine großen Risiken eingehen kann.

Auch *Paris* gibt sich bis jetzt zurückhaltend; die Massen französischer Rückwanderer stellen die Regierung in diesen Wochen vor schwierige Probleme. Doch die verantwortlichen Stellen sind um die Zukunft der *Abkommen von Evian*, dieses staatsmännischen Werks, besorgt, das den Weg zu einer algerisch-französischen Befriedung und zu gemeinsamem Aufbau wies (vgl. Text der Abkommen, «Europa-Archiv», Folge 8, 25. 4. 1962, S. 213—226). Walter Schütze rekapituliert im «Europa-Archiv» die gesamte Entwicklung des vergangenen Frühjahrs und stellt die bange Frage nach der Zukunft der Partnerschaft (Folge 11, 10. 6. 1962, S. 377—388). In einem Aufsatz der «Foreign Affairs» weist Jean Daniel auf das gefährliche *Ferment der algerischen Revolution* hin, die — nach einem fast achtjährigen Krieg — nun rund ums Mittelmeer, in der arabischen Welt und in Afrika Unrast zu schaffen drohe (July 1962, Vol. 40, Nr. 4, S. 605—611). Durch die Spaltung in der algerischen Führung ist dieses Ferment noch virulenter geworden: wirtschaftliche, soziale und ideologische Faktoren verflechten sich im Knäuel des Konflikts. Es geht auch um die Erschließung und Ausbeutung der Bodenschätze der Sahara. Je länger eine Versöhnung zwischen den verfeindeten Exponenten auf sich warten läßt, um so mehr wird der Aufbau eines einheitlichen algerischen Staates gefährdet. Skeptische Beobachter sehen bereits das Schreckgespenst einer «Kongolisierung» Nordafrikas, in dessen Sog auch die kleinen Nachbarstaaten Tunesien und Marokko geraten könnten.

Picus

OSTDEUTSCHLAND, EIN JAHR «DANACH»...

Bald ist ein Jahr vergangen, seitdem Berlin durch seine irrsinnige und zugleich grausame Wand geteilt wurde. Ein System, dessen Schöpfer die Befreiung des Menschen von Not und Elend versprochen, hat sich ein Denkmal der Selbstverleugnung errichtet. Und das ausgerechnet in der Hauptstadt eines Landes, das nach Marx und später nach Lenin am ehesten für die Bildung der von ihnen erträumten Verhältnisse beschaffen war. Man braucht nur einen Funken Phantasie und historischen Denkens zu haben, um an der Berlin-Mauer die *kapitale Niederlage der kommunistischen Heilslehre* zu sehen. Aber das ist die geistig-politische oder gar philosophische Bedeutung dieses monströsen Baues, die viele Elemente der genialen Vision eines Orwells von der menschenfeindlichen, totalitären kommunistischen Zukunft trägt. Ihre alltägliche, aktuelle Funktion ist leider nicht von dem gleichen für den Kommunismus vernichtenden Bestand, weil sie für die östlich der Wand lebenden Millionen von Menschen einer Gefängnismauer gleichkommt. Was das für die Betroffenen bedeutet, vermag sich wahrscheinlich nur derjenige richtig vorzustellen, der das Eingeschlossensein an der eigenen Haut erlebt hat. Ein Angehöriger offener, pluralistischer Gesellschaft kann sich die seelische Qual zwar ungefähr vorstellen, aber er vermag es nicht, vollständig mitzufühlen.

Ein Jahr leben also die Ostdeutschen hinter der Mauer, und es ist an der Zeit, eine Jahresbilanz dieses Zustandes zu ziehen. Aber seien wir uns im klaren, daß eine solche Bilanz nicht leicht ist, weil man nicht alles weiß, was sich drüben, in der Ostzone Deutschlands, abspielt. Man kann deshalb nur ein annähernd klares und übersichtliches Bild über die Verhältnisse in der DDR malen mit dem Risiko, daß vieles unbewertet bleibt, weil das herrschende Regime die politische Landschaft in dem kontrollierten Gebiet mit Tausenden von Verbotsmaßnahmen, Verdrehungen und Ablenkungstricks im Dunkeln hält.

Die permanente Krise

Eins steht fest: die Mauer hat Ulbricht und seiner Clique die erhoffte Erlösung von den vielen Plagen nicht gebracht. Sie hat nur die Entvölkerung Ostdeutschlands verhindert und den Verbleib nomineller Arbeitskräfte in der Industrie, Landwirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft ermöglicht, aber die permanente Krise, an der die Zone seit den Anfängen des Sowjetisierungsexperimentes leidet, ist nicht behoben, sondern sie hat sich auf andere Gebiete und in neue Dimensionen verlagert.

Die Fluchtmöglichkeiten bedeuteten auch für das davon schwer betroffene System paradoxerweise einen Vorteil (im Unglück), weil dadurch ein natürliches Regulativ, ein Ventil für die Haßgefühle und die Résistance der Untertanen vorhanden war; das schützte das Regime — mit Ausnahme von solchen Grenzsituationen wie die Revolution des 17. Juni 1953 — vor den plötzlichen Explosionen des aufgestauten Zorns der Massen. Das ist jetzt fortgefallen, und die unentwegten Schanz- und Befestigungsarbeiten entlang der «Schandmauer», wie der Volksmund die von den offiziellen Stellen geprägte Bezeichnung «Staatsgrenze» umbenannt hat, und die laufenden Schauprozesse zeigen, daß Ulbricht und Konsorten genauestens wissen, welche Gefahren die neue Situation gerade im Innern der DDR in sich birgt. Denn die Schanzarbeiten, Schützengräben und doppelten Mauern werden sicherlich nicht gegen einen «westlichen Durchbruch» gemacht, sondern bedeuten die prophylaktischen Verteidigungsschritte für den Fall, daß sich das ostdeutsche Volk erhebt und einen Massenansturm auf die trennende Wand wagt.

Das ist aber nur eine Komponente in der neuen Lage seit dem 13. August 1961. Eine andere liegt auf dem Gebiet der Arbeitspsychologie. Die Zone ist heute ein Konzentrationslager, denn sie kann mit keinem der Satellitenstaaten verglichen werden, die alle (in Europa) national homogene Gebilde sind

und die Teilungsprobleme nicht kennen. Die geteilten asiatischen Länder, wie Korea und Vietnam, sind wegen der völlig anderen historischen Entwicklungsstufe, einer anderen Mentalität der Bevölkerung und gravierender Unterschiede zwischen dem nichtkommunistischen Teil Deutschlands und den nichtkommunistischen Teilen der erwähnten Länder kein Gegenbeweis. Die Ostdeutschen haben jahrelang «mit Füßen» — wie sich Lenin einmal geäußert hat — für die Bundesrepublik, und zwar zu Millionen, abgestimmt. Solange sie dieses offiziell unerlaubte, aber praktisch vorhandene Recht auf eine solche Art der Freizügigkeit besaßen, fühlten sie sich relativ als freie Menschen. Die veränderte Situation hat den radikalen Schwund eines solchen Bewußtseins ergeben. Folglich muß angenommen werden, daß sich die meisten Einwohner der DDR als regelrechte Sklaven des von ihnen verhaßten Regimes fühlen. Welche psychologischen Veränderungen daraus zu dem für die herrschende Bürokratie so zentralen und überaus wichtigen Problem der Produktivität der Arbeitskräfte entstehen, wissen wir aus den Erfahrungen, die die Sowjetunion in der Stalinzeit sammelte. Zwang und Furcht sind die schlimmsten Feinde eines modernen industriellen Staates. Bei Hitler war es damit völlig anders bestellt, weil er es verstanden hatte, bei den deutschen Massen einen nationalen Mythos und ein imperialistisches Bewußtsein zu erwecken; außerdem spielte sich die Diktatur in einer national gesehen homogenen Gesellschaft ab. Ulbricht, der nur als Statthalter einer fremden Macht auftreten kann, hat keine Chancen, die gleiche Rattenfängerei zu wiederholen.

Und das ist gerade das zweite Element, wogegen die SED-Diktatur nichts unternehmen kann. Die Arbeitsmoral der «Werk tätigen» ist seit der Errichtung der Mauer um etliche Grade gesunken, weil die stummen Sklaven kein anderes Verhältnis zu dem täglichen Werk als ein Verhältnis des inneren Zwanges und der für jede Produktion katastrophalen Gleichgültigkeit empfinden können. Natürlich gibt es Ausnahmen, die nach zwei Richtungen von dieser Generalisierung des Problems abweichen, die einen, die aus

Ehrlichkeit oder Fanatismus gut arbeiten, und die anderen, die über das übliche Maß der Gleichgültigkeit in vollem Bewußtsein jeden Arbeitsvorgang geschickt sabotieren. Im Endresultat gleicht sich das aus und kann keinen Fortschritt bringen. Nur durch die Wiederherstellung der früheren Zustände könnte hier eine spürbare Wendung kommen. Aber sie würde automatisch zu einer solchen Fluchtwelle führen, daß die Zone bald ein menschenleeres Gebiet wäre. Das eine schließt also das andere aus. Es bleibt ein Teufelskreis, eine Quadratur des Kreises übrig — und das ist die permanente Krise, mit der das SED-Regime unlösbar verwachsen ist.

Das Prinzip der Hoffnung

Der marxistische Philosoph Professor Ernst Bloch, der nach dem 13. August 1961 dem kommunistischen System den Rücken kehrte, hat unter diesem Titel ein kapitaless Werk geschrieben. Wir nehmen diese Formulierung nur zum Symbol dafür, was heute die Grundhaltung der Menschen in der Zone bestimmt — namentlich die Hoffnung —, daß die Gefängnismauern nicht ewig bleiben werden. Oft sind es sehr unbestimmte Vorstellungen, die diese Hoffnung nähren; im allgemeinen und wohl am stärksten ist das Gefühl vorhanden, daß so etwas, wie die Teilung des gemeinsamen nationalen Sprach- und Kulturgebietes, nicht allzulange dauern kann. Irgendwie muß sich das ändern, sagen sich die Untertanen Ulbrichts, und sie scheinen am wenigsten zu erwarten, daß sich das Regime von sich aus selbst wandeln wird. Solche Vorstellungen trifft man eher im kommunistischen Parteiapparat der SED, besonders auf der unteren Stufe. Die zahlreichen Funktionäre, die täglich mit dem «Volk» sprechen und nicht wie ihre Bonzen Tage und oft auch Nächte hinter dem Schreibtisch verbringen, wissen ganz genau wie die Stimmung ist. Sie sind oft in einer schlimmen Lage, weil sich der ganze Haß der Bevölkerung zunächst gegen sie richtet. Sie müssen sich böswillige oder ironische Bemerkungen der Arbeiter und Bauern anhören; stellver-

tretend für ihre Parteiführer werden sie mit haßerfüllten Blicken überall angeschaut, oft von den eigenen Kindern. Daraus entsteht der Wunsch nach einem Führungswechsel, dem dann auch eine radikale Abkehr von den bisherigen Methoden der Parteiarbeit folgen würde. Am ehesten würden diese armen Teufel, die aus Opportunismus oder Geltungstrieb, seltener aus Überzeugung, in die Partei eingetreten sind, so etwas wie die Politik Gomulkas in Polen begrüßen. Eine Halbdiktatur mit einem breiten Raum für individuelle und nationale Freiheit bei übergeordneter Stellung der Kommunisten, das ist das Ideal des Fußvolkes der SED. Aber es ist reines Wunschenken, weil sie vergessen, daß dazu die wichtigsten Voraussetzungen fehlen, die die Polen 1956 reichlich besaßen. Trotzdem ist es eine vom westlichen und allgemein menschlichen Aspekt aus gesehen erfreuliche Tatsache, wenn der herrschende Apparat, der natürlich um seine soziale Stellung besorgt ist und sie keinesfalls preisgeben möchte, mit der Politik seiner Vorgesetzten nicht einverstanden ist. Und man kann mit Sicherheit annehmen, daß sich dieser Gegensatz noch vertiefen wird, bis es eines Tages zu einem offenen Konflikt zwischen den unteren und den oberen Organen des Systems kommt.

Der großen Mehrheit des Volkes sind solche Perspektiven völlig fremd, weil sie sich nicht die Reform, sondern die Katastrophe des Regimes wünscht. Wie sie aber zustande kommen soll, darüber hat man meistens recht unklare Vorstellungen. Wollte man einen Katalog solcher Hypothesen, Mutmaßungen und Rezepte aufstellen, so würde zweifellos an erster Stelle noch immer die in den Westen gesetzte Hoffnung sein. Trotz der Enttäuschung, die man im vergangenen Jahr erlebte, sind die Westmächte zusammen mit der Bundesrepublik die Quelle der Hoffnung, die allein im ständigen Ringen mit der Verzweiflung Wunder vollbringt. Oft ist es eine Haltung nach dem Grundsatz «contra spem spero», aber sogar in solchen Fällen erweist sie sich als der wichtigste Antrieb der seelischen Widerstandskraft. Daß religiöse Elemente dabei eine beachtliche Rolle spielen, versteht sich von selbst. Man

hört, daß sogar in den Gegenden, die vor dem ominösen 13. August in religiöser Hinsicht als indifferent galten, seit dem fatalen Datum der Kirchenbesuch sofort reger geworden ist. Diese Tendenz soll auch jetzt anhalten und sowohl bei der kompakten Masse der Protestanten wie auch bei den in der ostdeutschen Diaspora lebenden Katholiken. Aber das ganze Problem der Hoffnung und Zuversicht basiert nicht nur auf den abstrakten Ideen, sondern ist mit sehr konkreten, wenn vielleicht auch oft nicht ganz richtigen politischen Überlegungen, verknüpft. Dazu gehört in erster Linie die Überzeugung, daß der Westen stärker ist und man dem drohenden Konflikt nicht ausweichen kann. Und je länger die Kraftprobe in Berlin dauert, die Westmächte aber zäh und kompromißlos ihre Rechte zu verteidigen bereit sind, um so stärker wird diese Hoffnung werden. Deshalb verfolgen die Ostdeutschen jeden diplomatischen Vorgang zwischen Ost und West mit größtem Interesse und deshalb wiederholt die östliche Propaganda so oft ihre Drohungen. Den Drahtziehern verschiedener Kampagnen geht es darum, endlich diese heimliche Solidarität der Bevölkerung mit dem Westen zu zerstören. Aber die bisherigen Ergebnisse dieses Unterfangens sind kläglich. Solange die alliierten Flugzeuge den Himmel über Ostdeutschland durchqueren und auf den Autobahnen alliierte Soldaten nach und von Westberlin fahren, die alliierten Eisenbahnzüge kursieren, dürften die Bemühungen des Regimes weiterhin magere Resultate zeigen. Auch die beiden Radiosender Westberlins, deren Programme vor allem auf das Publikum in der Zone gestaltet werden, sind ebenfalls wichtige Pfeiler in diesem psychologischen Abwehrkampf.

Schon jetzt beobachtet man, in welche Komplikationen die herrschende Diktatur geriet, weil die Drohungen mit dem separaten Friedensvertrag schon so oft gebraucht worden waren, daß sie allmählich die abschreckende Wirkung verloren haben. Auch hier gilt das alte Gesetz der Abnützung, gegen das man sich mit Phrasen nicht wehren kann. Gerade das Hin und Her mit dem separaten Friedensvertrag zwischen der Sowjetunion und der Zone hat bei der Bevölkerung

den Eindruck erweckt, daß Sowjetrußland damit zögert, weil es Angst vor dem Westen hat.

Für die Westmächte — in erster Linie gilt das für die Politik der USA — ergibt sich daraus eine große Verantwortung. Wenn sie hart bleiben und keine faulen Kompromisse zulassen, sondern auf jeden Vorstoß Moskaus und Pankows, die bestrebt sind, den Glauben an die Stärke des Westens auszuhöheln und schließlich zu zerstören, geschickt und unerschrocken reagieren, kann dieses zähe Ringen zwischen den Herrschenden und Beherrschten in Ostdeutschland noch lange dauern. Eines Tages könnten dann neue Entwicklungen im Ostblock eintreten, woraus sich bessere Möglichkeiten zur Entfaltung einer politischen Gegenoffensive ergeben würden.

In diesem Zusammenhang muß man noch die wirtschaftspolitische Seite dieses Kampfes erwähnen. Man weiß jetzt aus vielen Indizien, daß der Ostblock gegenwärtig in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten ist. In der Zone sind es sogar keine Schwierigkeiten mehr, denn diese gab es immer, sondern eine akute Krise, die sämtliche Bereiche der Wirtschaft erfaßt hat. Für die Bevölkerung bedeutet das neue Entbehrungen und Nöte. Und gerade das stärkt den Widerstand der Massen, die von einem völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch des Systems träumen. Daraus resultiert die grundsätzlich negative Haltung der meisten Ostdeutschen

dazu, daß die Bundesrepublik jetzt dem bankrotten Regime Ulbrichts Wirtschaftshilfe gewähren soll. Die Westberliner Sender erhalten seitdem, als der Wunsch Pankows nach dem westdeutschen Warenkredit bekannt wurde, Hunderte von Briefen aus der Zone, in denen dieser ablehnende Standpunkt kategorisch dargelegt wird.

So ist die Situation hinter der Mauer im Spätsommer Anno 1962. Aber noch immer steht für die freie Welt ein Menetekel. Wehe den Politikern, die sich daran mitschuldig machen werden, was der polnische Dichter *Tadeusz Rózewicz* in apokalyptischer Vision geschrieben hat:

Diese Mauer
die wir gemeinsam bauten
Tag für Tag
Wort für Wort
bis zum Schweigen
Diese Mauer
schlagen wir nicht durch.

Eingemauert
mit eigenen Händen
verdursten wir.
Wir hören wie nebenan
das andere sich bewegt
hören Seufzer
rufen um Hilfe

Sogar unsre Tränen
fliehen nach innen.

Alexander Korab

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit?

Wenn man auch nicht sagen kann, daß die innenpolitische Diskussion unter dem Primat der Außenpolitik stehe, so gibt es doch keinen Zweifel darüber, daß die Meisterung der Integrationsprobleme gegenwärtig die entscheidende innenpolitische Frage darstellt. Obwohl die führenden Tageszeitungen und auch die zuständigen Vertreter des Bundes-

rates sich um laufende Aufklärung der Öffentlichkeit bemühen, steht man dabei immer noch unter dem Eindruck, daß sich nicht nur der «Mann von der Straße», sondern auch die breitere politische Führungsschicht nur ungern näher mit diesem schicksalsschweren Problemkreis befaßt. Das ist bis zu einem gewissen Grad verständlich. Manche Aspekte sind für den Laien nur schwer zu überblicken. Er fühlt sich den Experten ausgeliefert.

Gerade darum ist es aber von entscheidender Bedeutung, daß noch vermehrte Aufklärungsarbeit geleistet wird und daß auch die breiteren Volksschichten die intellektuelle Anstrengung auf sich nehmen und so gut als möglich in die Materie eindringen. Die Integrationspolitik darf nicht zum Reservat der Experten werden. Sie muß sich auf eine wachsame und verantwortungsbewußte öffentliche Meinung abstützen können. Jeder wie auch immer geartete Entscheid in dieser lebenswichtigen Frage bedarf der Verankerung im aktiven Volkswillen.

Die Schweiz und die EWG

Am 24. September wird die Schweiz Gelegenheit haben, den EWG-Behörden ihre Konzeption der Assoziation vorzutragen. Über die großen Linien kann kein Zweifel bestehen: eine politische Integration kommt nicht in Frage. Zur Überwindung der handelspolitischen Diskriminierung wird unser Land dagegen bestimmte Konzessionen machen müssen. — Diese Anhörung rein informativen Charakters hat eine Vorgeschichte, die vielleicht keine ist. Die beiden andern Neutralen wurden nämlich bereits auf den 28. Juli nach Brüssel geladen. In diese Tatsache läßt sich manches hineininterpretieren, ohne daß allerdings greifbare Fakten dazu ermuntern würden. Es ist möglich, daß in der zeitlichen Staffelung eine gewisse Animosität ihren Niederschlag findet, die in den letzten Monaten unter den Exponenten der EWG gegenüber unserem Lande spürbar wurde. Wie dem auch sei — wir haben keinen Anlaß zur Nervosität. Es besteht auch keine Notwendigkeit, daß unsere offizielle Diplomatie durch eine private wirtschaftliche Diplomatie ergänzt wird, wie sich dies in letzter Zeit eingebürgert hat. Unsere Verhandlungsposition ist keineswegs ungünstig, wenn wir sie uns nicht durch unbedachte Sonderaktionen selbst beeinträchtigen.

Daß es im einzelnen nicht leicht sein wird, zu tragbaren Lösungen zu kommen, beweist allerdings der Ende Juni erfolgte Abschluß der Zollverhandlungen mit der EWG im Rahmen des GATT. In den Krei-

sen der Wirtschaft wurde die Enttäuschung nicht verhehlt. Man warf sogar die Frage auf, ob man unter diesen Umständen nicht besser einen «harten Kurs» gesteuert und vorläufig auf solche, letzten Endes doch unbefriedigende Teilverhandlungen verzichtet hätte. Dabei bleibt indessen zu bedenken, daß unsere Außenpolitik entsprechend den politischen Möglichkeiten des Kleinstaates stets auf den Ausgleich im Kleinen wie im Großen bedacht und auf hartnäckiger Kleinarbeit begründet war. Unsere Unterhändler haben auf diese Weise schon manchen Fang an Land gebracht. Vielleicht ist es richtig, wenn sie auch in Zukunft ihrem Stil treu bleiben. Gewiß wäre ein anderes Vorgehen denkbar. Die Frage ist nur, ob Behörden und Interessengruppen die nötige Nervenkraft aufbrächten, um dabei allfällige Engpässe klaglos durchzustehen.

Eintritt in den Europarat?

Man hat ob der Auseinandersetzung mit der EWG bei uns zeitweise fast vergessen, daß es noch andere Gremien gibt, deren Grundtendenz uns nähersteht als jene der Brüsseler Administration. Der Straßburger Europarat ist die älteste Organisation dieser Art. Er ist weniger spektakulär, weil er nur beratende Funktion hat. Aber er beruht auf dem Grundsatz der Kooperation der Staaten. Diese beiden Tatbestände erlauben es der Schweiz, den Beitritt ins Auge zu fassen. Seit zwei Jahren entsendet die Bundesversammlung eine Beobachterdelegation, deren Nützlichkeit im Mai dieses Jahres auch einer breiteren Öffentlichkeit bewußt wurde. Die denkwürdige Kontroverse zweier Delegierter mit dem belgischen Außenminister Spaak und ihre Resonanz bewiesen, daß der Europarat ein Forum sein kann, mit dessen Hilfe wir der Umwelt unseren Standpunkt verständlicher zu machen vermögen. Es war deshalb nur folgerichtig, daß Nationalrat Bretscher (Zürich) in der Junisession der eidgenössischen Räte ein von der Kommission für auswärtige Angelegenheiten einstimmig gutgeheißenes Postulat begründete, das auf den Beitritt der Schweiz zum Europarat abzielt.

In einzelnen den Europaenthusiasten nahe- oder offenstehenden Zeitungen wurde dieser Vorgang mit sauersüßer Miene kommentiert. Diese Kreise scheinen das Gefühl zu haben, es sei ihnen der Donner gestohlen worden. Jedenfalls hieß es in einer der Glossen, das Parlament hätte die heutigen Verfechter des Beitritts, die mit den Gegnern von gestern identisch seien, «in die Wüste schicken sollen». Diese Worte zeugen von bemerkenswertem Unverständnis für die schweizerische Art der politischen Willensbildung, die der *Wahl des richtigen Zeitpunkts* von jeher entscheidendes Gewicht beigemessen hat. Was gestern noch falsch oder unzweckmäßig war, braucht es heute nicht mehr zu sein.

Konjunkturpolitische Zwischenbilanz

Ende Januar 1962 gelangten die Spitzenverbände der Wirtschaft mit einem Appell zur Dämpfung der Konjunkturüberhitzung an die Öffentlichkeit und an die Wirtschaftspartner. Er löste eine eigentliche Kampagne aus, wobei die bürgerliche Presse ebenso wie die verantwortlichen Bundesbehörden und die Arbeitgeberorganisationen den Willen zur Selbstdisziplin und vernünftigen Selbstbeschränkung in den Vordergrund stellten, während die Gewerkschaften den Erfolg freiwilliger Aktionen bezweifelten und staatlichen Interventionen das Wort redeten.

Eine Zwischenbilanz dieser Konjunkturdämpfungspolitik, wie sie der Zentralverband Schweizerischer Arbeitgeberorganisationen und der Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins kürzlich in einem neuen Rundschreiben vorgenommen haben, beweist, daß in dieser Hinsicht trotz dem hohen materiellen Einsatz auch heute noch manches auf rein freiwilliger Basis möglich ist. 19 Wirtschaftszweige haben einen Preisstopp beschlossen. 8 Organisationen, darunter die Maschinen- und Metallindustrie sowie der Schweizerische Baumeisterverband, haben Beschlüsse über Investitionsbeschränkungen oder einen Arbeitskräftestopp gefaßt. Und schließlich haben 4 Organisationen die Anwerbepaxis überprüft. In diesem Zusammenhang verdient auch der Beschluß

des Bundesrates vom 18. Mai erwähnt zu werden, wonach in der Bundesverwaltung keine neuen Stellen errichtet werden, es sei denn im Falle der Zuweisung neuer Aufgaben. Überhaupt darf vermerkt werden, daß sich auch die öffentliche Hand als höchst gewichtiger Auftraggeber und Unternehmer im allgemeinen intensiv mit dem Fragenkomplex auseinandergesetzt hat.

Die Spitzenverbände kommen in ihrer Analyse zum Schluß, daß die Anstrengungen noch intensiviert werden müssen, gerade weil die Gewerkschaften in der ganzen Kampagne Gewehr bei Fuß stehen. Und sie fordern die angeschlossenen Organisationen auf, ihrerseits darüber zu wachen, daß sich auch Kantone und Gemeinden *konjunkturgerecht* verhalten.

Neuorientierung des wirtschaftlichen Denkens

Nun wird es in der Praxis nicht immer leicht sein, sich darüber zu einigen, was konjunkturgerechtes Verhalten im einzelnen Fall bedeutet. Der endgültige Durchbruch der konjunkturpolitischen Vernunft hat wohl vor allem einen allgemeinen Wandel der Perspektiven und Maßstäbe zur Voraussetzung. Professor Nordhoff, der Generaldirektor der Volkswagenwerke, erklärte kürzlich: «Man wird sich daran gewöhnen müssen, den Erfolg nicht nur am Zuwachs zu messen, aus dem man einen wahren Fetisch gemacht hat» («Die Zeit», 6. Juli 1962). Damit ist in der Tat ein zentraler Punkt berührt. Das wirtschaftliche Denken der letzten Jahre stand im Zeichen der Faszination durch die Expansion. Dabei stand man immer wieder unter dem Eindruck, daß die mit teurem Geld geschaffenen, aber oft mit unzulänglichen Kräften besetzten neuen Arbeitsstellen bei genauer Kalkulation kaum noch wirtschaftlich im eigentlichen Sinn sein können. Der «Zug der Zeit» aber, in dessen Licht so altmodische Begriffe wie Konsolidierung und Stabilisierung als unpopulär erschienen, war offensichtlich stärker. Eine gewisse Neuorientierung der wirtschaftspolitischen Denkweise dürfte nicht zu umgehen sein, wenn die beherzigenswerten Intensionen der Konjunk-

turdämpfungsmaßnahmen auch auf weitere Sicht Erfolg haben sollen.

Eine Oase des Arbeitsfriedens

Im vergangenen Jahr wurde erstmals seit der Einführung von amtlichen Erhebungen keine einzige Arbeitsniederlegung registriert. Man mag darin eine positive Begleiterscheinung der Hochkonjunktur erblicken. Sieht man sich aber im benachbarten Ausland um, so wird sofort klar, daß diese Erklärung nicht ausreicht. Der Tatbestand, daß unser Land zu einer vielbenedeten Oase des Arbeitsfriedens geworden ist, hängt vielmehr mit einer glücklichen Entwicklung zusammen, die vor einem Vierteljahrhundert mit dem Abschluß des sogenannten Friedensabkommens zwischen dem Arbeitgeberverband und den vier Gewerkschaften der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie eingeleitet wurde. Der Entschluß, Meinungsverschiedenheiten durch direkte Verhandlungen aus dem Wege zu schaffen, ließ die früheren «Widersacher» in der Folge rasch zu echten Partnern werden, deren verantwortungsbewußte Zusammenarbeit dem ganzen Lande zum Wohle gereicht.

Der zweifache Brückenschlag

In der Berichtsperiode hat eine der hervorstechendsten, aber auch unruhigsten Figuren der schweizerischen Innenpolitik das Zeitliche gesegnet: Gottlieb Duttweiler. Die Brücke war in doppeltem Sinn das Symbol für sein Streben. Zunächst versuchte er durch den direkten Brückenschlag zwischen dem Produzenten oder Grossisten und dem Konsumenten eine Revolutionierung des Detailhandels. Und danach bemühte er sich, ermuntert durch seine populären Verkaufserfolge, auch um die unmittelbare Verbindung von Geschäft und Politik. Die erste Etappe führte zur Bildung des wohl größten schweizerischen Konzerns, die zweite wurde zu einem halben Mißerfolg. Die amerikanisch anmutende Kombination von Geschäftstüchtigkeit und missionarischem

Volksbeglückertum naivster Art schien dem Zeitgeist zu entsprechen. Der Versuch, auf dieser geistigen Basis auch eine politische Aktivierung der Konsumenten zu erreichen, zeigte dann aber, daß es weniger diese Lebensphilosophie, als vielmehr die Preispolitik war, welche immer weitere Kreise in die modernen Migrosläden zog. Auf der Grundlage des «Geschäfts des Herzens» läßt sich offenbar trotz allen soziologischen Wandlungen in unserem Land auch heute noch keine Politik von durchschlagender Wirkung machen. Das ist, politisch betrachtet, die Quintessenz eines tätigen Lebens, das manchen anderen Bereichen wesentliche Impulse verliehen hat.

Massenpsychologie der Straße

In letzter Zeit haben uns eine Reihe von besonders schweren Verkehrsunfällen erneut eindrücklich vor Augen geführt, daß die Verkehrssicherheit nach wie vor zu den großen ungelösten Problemen unserer Zeit gehört. Was kann man tun? Man hat nach vermehrter Erziehungs- und Aufklärungsarbeit verlangt. Gewiß ist noch manche Möglichkeit ungenutzt. Die kürzlich auf Initiative des Schweizerischen Juristenvereins gegründete «Aktionsgruppe zur Bekämpfung der Straßenverkehrsunfälle» unter Leitung von Prof. Dr. E. R. Frey findet ohne Zweifel ein weites Tätigkeitsfeld vor. Und es würde zum Beispiel auch den kirchlichen Kreisen sehr wohl anstehen, hier tatkräftiger mitzuwirken und vermehrt an die mitmenschliche Verantwortung der Straßenbenützer zu appellieren¹.

Es stellt sich indessen die Frage, ob man auf diesem rein pädagogischen Weg noch sehr viel weiter kommt. Man wird den Eindruck nicht los, daß der moderne Verkehr heute Dimensionen angenommen hat, zu deren Bewältigung andere Mittel notwendig sind. So wie die kriminelle Anfälligkeit des Menschen zunimmt, wenn er in der anonymen Masse der Großstadt untertaucht, so scheint auch die Anfälligkeit des motorisierten Straßenbenützers zu lebensgefährlichen Fehlleistungen um so größer zu sein, je

dichter — und anonym — der Verkehrsstrom ist. Man ist geneigt, von einem massenpsychologischen Phänomen der Straße zu sprechen. Die Straße ist zum Schauplatz eines Kampfes aller gegen alle geworden. Die gute Kinderstube wird in diesem Getümmel zur bloßen blassen Erinnerung; die Masse der aufheulenden Motoren scheint die Faszination, die von der mit leichtem Fuß- und Handdruck zu entfesselnden Kraft unter der Kühlerhaube ausgeht, noch zu steigern.

Unter diesen Umständen scheint nur ein Mittel wirklich Abhilfe zu gewährleisten: die strikte Durchsetzung der Verkehrsvorschriften. Das aber bedeutet praktisch eine systematischere und vor allem engmaschigere Überwachung des Verkehrs. Der Chronist ist in den ersten sechs Monaten dieses Jahres etwa 12 000 Kilometer, fast ausschließlich auf Hauptstraßen, gefahren und kam dabei nur ein einziges Mal in eine verkehrspolizei-

liche Kontrolle. Kann es da noch überraschen, wenn die Geschwindigkeitsübertretungen zur Gewohnheit werden? — Das ist kein Vorwurf an die Adresse der Polizei; sie tut, was sie kann. Es ist vielmehr eine dringende Mahnung an die Öffentlichkeit, in ihrem eigenen Interesse die Sicherheitsorgane endlich mit den nötigen Mannschaftsbeständen und technischen Hilfsmitteln ausreichend zu dotieren.

Spectator

¹ Laut Protokoll wurde am 6. Dezember 1955 in der Kirchensynode des Kantons Zürich eine Resolution zum Straßenverkehr, die den Kampf um Achtung und Ehrfurcht vor dem Menschenleben forderte, mit 86 gegen 4 Stimmen angenommen. Leider brachte die Resolution nicht den gewünschten Erfolg.

Die Redaktion

DÄMPFUNG DER KONJUNKTUR?

Eine aktuelle Unternehmertagung der Heimstätte Boldern (Männedorf)

Für die letzte von ihm betreute Unternehmertagung der reformierten Heimstätte Boldern (Männedorf) hatte sich Dr. H. J. Rinderknecht ein ebenso zugkräftiges wie umstrittenes Thema ausgesucht: *Stehen wir vor einer Wende der wirtschaftlichen Entwicklung?* — so lautete die Frage auf dem Programm. Konkreter Anlaß zu dieser Frage und Hauptgegenstand der Aussprache war das Problem der «Dämpfung» beziehungsweise langfristigen Erhaltung der Konjunktur in unserem Lande.

Dr. D. Aebli, Sekretär des Arbeitgeberverbandes schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller, vermittelte mit der konzisen Darlegung der freiwilligen Stabilisierungsmaßnahmen in dieser Branche eine willkommene Einführung in die vielschichtige Materie. Er zeichnete einleitend die Entwicklung seit der denkwürdigen Muster-

messerede von Bundesrat Wahlen auf, an welcher der damalige Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements auf die Problematik einer weiteren ungezügelter Expansion der schweizerischen Wirtschaft hingewiesen hatte.

Obwohl die Rede keine unmittelbaren Auswirkungen zeitigte, nahmen in der Folge doch die Stimmen zu, welche vor weiterer Steigerung der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte, vor dem Anstieg der Lebenshaltungskosten und der Zunahme der Handelsbilanzdefizites warnten. Waren auch die Ansichten über die einzelnen Gründe der «überhitzten» Konjunktur kontrovers, so herrschte doch weitgehende Übereinstimmung darüber, daß unsere Wirtschaft gegenwärtig dank guter Absatzmöglichkeiten leistungsmäßig überfordert wird.

Während von verschiedenen Seiten der Ruf nach staatlichen Dämpfungsmaßnahmen

erhoben wurde, erging von den Spitzenverbänden der Wirtschaft der Appell zum Maßhalten an die Öffentlichkeit. Der VSM hatte bereits vorgängig an seine Mitglieder Empfehlungen in ähnlichem Sinne gerichtet, die anfangs April dieses Jahres zu einem *3-Punkte-Beschluß* konkretisiert worden sind. Eine überwiegende Mehrzahl der dem VSM angeschlossenen Betriebe hat sich diesem Beschluß unterstellt. Er sieht für die Dauer eines Jahres den Personalstop, eine Beschränkung der Möglichkeiten zum Stellenwechsel und einen Abbau der Stelleninsetrate vor. Der Verzicht auf Personalerhöhungen trifft die Dispositionsfreiheit der Unternehmen in einem zentralen Punkt, weshalb eine gewisse Toleranzmarge (2%) und eine vernünftig gehandhabte Ausnahmegewilligungspraxis unerlässlich sind. Bei jenen Firmen, die sich bisher wenig um Fragen der Wirtschaftspolitik kümmerten, haben die Maßnahmen einen heilsamen Schock ausgelöst. Sie sind zudem geeignet, die Personalschulung und personalsparende Investitionen anzuregen sowie die Bereinigung der Fabrikationsprogramme in Zusammenarbeit mit Ergänzungs-Firmen voranzutreiben. Dr. Aebli ist vom Erfolg der Dämpfungssaktion, insbesondere in psychologischer Hinsicht, überzeugt. Sie wird die Erarbeitung eines langfristigen Konjunkturstützungsprogramms stark erleichtern.

Dr. F. Leutwiler, Zollikon ZH, beleuchtete die gegenwärtige Konjunkturlage aus der Warte der Nationalbank. Diese betrachtet die Erhaltung des Geldwertes als eines der vornehmsten Ziele der Wirtschaftspolitik und ist daher angesichts des überbordenden Teuerungsauftriebes von der Notwendigkeit von Dämpfungsmaßnahmen überzeugt. Der Katalog möglicher Vorkehrungen der Nationalbank ist allerdings ziemlich beschränkt. Eine Zinsverteuerung (Diskontsatzserhöhung) kam in Anbetracht der vielfältigen negativen Konsequenzen und der schlechten Erfahrungen des Auslandes nicht in Frage. Eine konjunktursteuernde Offenmarkt-Politik ist nach der gegenwärtigen Gesetzgebung nur in rudimentärer Form zulässig. Anstelle der indirekten Beschneidung des Kreditwesens mittels Erhöhung der Mindestreserven ent-

schloß man sich für den direkten Weg: die Begrenzung der Investitionskredite. Es gelang, alle schweizerischen Banken (unter Auslassung der kleinsten) für ein *gentlemen's agreement* zu gewinnen, wonach ab 1. April 1962 bis zum Jahresende die Summe der neu gewährten Kredite eine festgelegte Zuwachsrate gegenüber dem letzten Jahr nicht überschreiten darf. Finanzierungen von gerechtfertigten, nicht spekulativen Wohnungsbauten mit mäßigen Zinsen, landwirtschaftliche Bauvorhaben (Meliorationen etc.), dringliche Aufgaben der öffentlichen Hand und Importe sollen bevorzugt behandelt werden.

Von dieser Vereinbarung sind keine spektakulären Wirkungen zu erwarten — wie denn überhaupt der Einfluß monetärer Maßnahmen auf den Wirtschaftsablauf beschränkt ist. Trotzdem dürfte die leichte *Versteifung des Kreditklimas* heilsam sein. Viele Banken wurden erst dadurch angeregt, ihre dank Geldüberfluß scheinbar problemlose Kreditpolitik zu überprüfen. Bauinteressenten müssen mit etwas verminderten Bevorschussungen rechnen. Hand in Hand mit dieser den privaten Investitionssektor betreffenden Maßnahme geht die Anregung an die Behörden aller Stufen, nicht dringliche Bauprojekte zurückzustellen.

Dr. Christian Gasser, Biel, sorgte mit einem temperamentvollen Korreferat dafür, daß dem instruktiven Informationsmaterial zum Konjunkturdämpfungsthema die Würde der gehaltvollen Kritik nicht fehlte. «*Ut aliquid fieri videatur...*» (Auf daß es den Anschein habe, daß etwas geschehe...) — so deutete der Referent seine Hauptthese bereits im Titel an. Sie lautete: Was gegenwärtig in der Konjunkturfrage unternommen wird, ist fast ganz wirkungslos; was wirkungsvoll wäre, wird unterlassen.

Dr. Gasser bezeichnete die herrschende Aufregung um die Steigerung des Lebenskostenindex (die zur Hälfte auf längst fällige Mietzinsserhöhungen zurückzuführen sei) als sachlich unbegründet und psychologisch schädlich. Die schweizerische Wirtschaftspolitik seit 1945 verdient — wenn man sie mit der ausländischen vergleicht — höchstes Lob; eine Folge nicht etwa über-

durchschnittlich weiser Behörden, sondern des mäßigen Einflusses der direkten Demokratie. Dadurch ist die schweizerische Wirtschaft in den Genuß eines steigenden Kostenvorteils, einer erstarkten Konkurrenzfähigkeit gekommen. Die gegenwärtige «Überkonjunktur» ist wesentlich bedingt durch die günstige Wettbewerbsstellung unserer Exportindustrie. Dazu kommt als weiteres Auftriebsmoment der ständige Zufluß ausländischen Kapitals, das nach Anlagemöglichkeiten sucht.

Wer sich bei dieser Sachlage von kurzfristigen Dämpfungsmaßnahmen Erfolg verspricht, unterschätzt die Urkräfte des Marktes. Was wäre bestenfalls die Folge einer gelungenen Preis- und Lohnstabilisierung? Unsere Wettbewerbslage gegenüber dem preissteigernden Ausland würde abermals günstiger, die Nachfrage nach schweizerischen Gütern und Dienstleistungen und damit der konjunkturelle «Überdruck» erführen eine weitere Steigerung. Man kann eben nicht zugleich «den Fünfer und das Weggli» (stabile Preise und eine gedämpfte Konjunktur) haben.

Selbstverständlich ist nicht auszuschließen, daß die Weltkonjunktur einen Rückschlag erleidet, worauf jedoch die bisher vorgeschlagenen innerschweizerischen Dämpfungsmaßnahmen, so positiv sie im einzelnen gemeint sind, keinen irgendwie entscheidenden Einfluß haben. In der Beurteilung des langfristigen Trends der Weltwirtschaft scheiden sich allerdings die Geister. Dr. Gasser sieht insbesondere bei Berücksichtigung der technischen Entwicklung keinen Grund, warum die starken Wachstumskräfte nicht weiterhin wirksam sein sollten. Nicht Stabilisierung des heutigen Zustandes kann deshalb vernünftigerweise das Ziel unserer Wirtschaftspolitik sein, sondern *Stabilisierung der Zukunftsentwicklung*, der wirtschaftlichen Dynamik. Für den Unternehmer bedeutet dies besonnenes Weiterführen seiner begründeten Investitionspolitik auf lange Sicht.

Die Kriterien für eine differenzierte schweizerische Investitionspolitik hat Dr. F. Hummler kürzlich in *vier Richtlinien* zusammengefaßt. Jene Produktion verspricht nach ihm langfristigen Erfolg,

- bei der *Forschung und Entwicklung* eine besondere Rolle spielen;
- bei der *Qualitätsarbeit* (in einem erneuerten Sinn) notwendig ist;
- bei der das Schwergewicht auf der *Kapitalintensität* liegt;
- die *kluge, bewegliche Unternehmensführung* auf allen Stufen erfordert.

Damit ist gleichzeitig gesagt, daß gewisse Industriezweige in der Schweiz keine Zukunft mehr haben. Solche Zweige gilt es entweder aufzugeben oder in das hierfür geeignete Ausland zu verlagern, wobei die Weiterentwicklung von Fertigungsmethoden und die Schulung des technischen Nachwuchses zum Teil weiterhin in unserem Lande durchgeführt werden können. Zur Illustrierung dieser These verwies Dr. Gasser auf sein eigenes Unternehmen, die Mikron AG. in Biel, welche im Zuge der Bereinigung ihres Fabrikationsprogramms eine enge Verkaufszusammenarbeit mit einer englischen Firma aufgenommen hat und nun in den Schulungsvorbereitungen für die Überführung eines Teils ihrer Produktion nach Griechenland steht.

Dramatisieren wir die heutigen Schwierigkeiten nicht — so lautete die abschließende Mahnung Dr. Gassers, sondern stellen wir uns auf eine langfristige Aufwärtsentwicklung der Konjunktur ein, erarbeiten wir uns ein konkretes Bild über die Chancen einer differenzierten schweizerischen Wirtschaft und stärken wir das Vertrauen in die Verwirklichungsmöglichkeit dieser Chancen!

In der äußerst lebhaften *Aussprache*, an welcher verschiedene prominente schweizerische Industrielle teilnahmen, wurden die Konjunkturdämpfungsmaßnahmen von den meisten Votanten als sinnvoller Versuch gewürdigt, einer aktuellen Schwierigkeit zu begegnen. Immerhin blieb nicht verschwiegen, daß generelle Beschränkungen der Unternehmerinitiative ihrer Natur gemäß eine «Prämiierung der Mittelmäßigkeit» darstellen und deshalb bestenfalls kurzfristig Hilfe bringen können. Als dringlich wurde die Lösung des Problems der ausländischen Arbeitskräfte empfunden, wobei einerseits der weitere Zustrom abgebremst, andererseits der Eingliede-

rung der zum Bleiben entschlossenen Ausländer in unsere Volksgemeinschaft vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. In diesem Zusammenhang berichtete Dir. F. von Goumoëns von der Gründung einer privaten *Arbeitsgemeinschaft für die ausländischen Arbeitskräfte* in Luzern, die in weiteren Kantonen Nachahmung verdient.

In seinen die Tagung beschließenden Bemerkungen setzt Professor E. Böbler neue Akzente zum Thema. Mit seinem ehemaligen Fakultätskollegen war er in der Beurteilung der günstigen internationalen Konkurrenzsituation der Schweiz — allerdings nur auf gewissen Gebieten — einig. Aber der Optimismus bezüglich der langfristigen weltwirtschaftlichen Entwicklung ist seines Erachtens wissenschaftlich keineswegs erhärtet. In den USA machen sich vielmehr, trotz des stürmischen technischen Fortschritts, Anzeichen einer relativen Nachfragesättigung bemerkbar.

Bedenklicher sind indessen die weiteren Folgen des sinnlosen Wettlaufes um die höchste Rate der Produktionssteigerung: der massive Einbruch der Politik in die Wirtschaft (Weltraum-Programm, EWG etc.), die Mythologisierung des «Fortschritts», die künstliche Aufblähung der materiellen Erwartungen, verbunden mit dem Sinken des persönlichen Leistungswillens. In solchem Klima gedeihen die vitalen, aber blinden Zukunftsoptimismen und die kollektiven Illusionen, wie etwa diejenige, wonach das Niederreißen gewachsener Grenzen von Wirtschaftsräumen ein Vorteil sei.

Angesichts der überhandnehmenden Wachstums-Hybris gilt es, sich ernsthaft mit der Frage des *Sinnes der Wirtschaft* zu befassen,

auf das *menschliche Maß* zurückzufinden und insbesondere die *Einsicht und die moralischen Reserven* der Menschen zu mobilisieren. Denn letztlich wird die Wirtschaft nicht von Quanten, sondern von Menschen und menschlichen Erwartungen bewegt.

«Stehen wir vor einer Wende der wirtschaftlichen Entwicklung?» Wer wollte nach dem überaus anregenden, nachdenklich stimmenden, aber nicht unbedingt klärenden Verlauf der Tagung die Frage schlüssig beantworten? Es blieb angesichts der Diversität der Meinungen der bestimmende Eindruck haften, daß die Antwort weit weniger eine Angelegenheit der logischen Argumentation als des auf Überzeugungen gründenden eigenen Willensentscheidens sei: *die Konjunktur* — das sind nicht so sehr die äußeren Verumstände und Tendenzen; *das sind wir selbst* . . .

Dem umsichtigen Leiter der Tagung gelang es einmal mehr, dem Thema eine den einzelnen persönlich ansprechende, biblisch untermauerte Erlebnisdichte abzugewinnen. Mit seiner sonntäglichen Betrachtung zu einer Textstelle aus Habakuk 2, 10—20, hat Dr. H. J. Rinderknecht auf eine ebenso schlichte wie eindruckliche Weise von seinem *zehnjährigen Wirken als Inspirator der Unternehmertagungen auf Boldern* Abschied genommen. Die Teilnehmer wußten seine aufopfernde und von Jahr zu Jahr stärkeres Echo findende Arbeit mit herzlichen Worten des Dankes, einem langanhaltenden Beifall und der den Beschenkten völlig überraschenden Erfüllung eines geheimen Herzenswunsches zu würdigen.

Max Ulrich Rapold

Heute steht der promethische, forschende und gestaltende Geist unter dem Tor, das noch vor 50 Jahren die Wissenschaft als den ewig verschlossenen Zugang zum Unteilbaren, zum Atom betrachtete. Es ist, als ob der Mensch, entgegen dem Worte Albrecht von Hallers, obwohl ein erschaffener Geist, doch ins Innere der Natur zu dringen vermöchte — und mit welchen unausdenklichen Möglichkeiten! Nicht ohne tiefsten Grund hat Zeus Prometheus zur Strafe wieder an die Erde gefesselt, doch umsonst. Das Feuer ist in die Hand des Menschen gegeben worden. Und weil der Mensch in einem Widerspruch zu seinem wahren Wesen lebt, vermag er alles, was ihm gegeben ist, zum Heil oder zum Unheil zu wenden.

Max Huber (1942)